

**Notizen zum 2. Sozialpolitischen Ratschlag Baden-Württemberg der LAK-BW,
am 25.10.2014, in Rottweil, Kapuziner
zum
Ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015
(geschrieben Weihnachten 2014)**

1. Begrüssung

Roland Saurer begrüsst und eröffnet den 2. Sozialpolitischen Ratschlag mit dem Schwerpunkt: Der anstehende 1. Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg. Begrüssung der Gäste, der Referenten und MitgestalterInnen. Rückblick auf den 1. Sozialpolitischen Ratschlag BaWü am 16.06.2013 in Stuttgart.

**2. Beitrag des Statistischen Landesamtes/Sozialministerium BaWü,
Frau Dr. Christine Weber-Schmalz zum momentanen Stand des
1. Ármuts- und Reichtumsbericht in Baden-Württemberg.**

Wichtige Punkte für Frau Dr. Weber-Schmalz sind:

- der Koalitionsvertrag Grün –Rot von 2011
- die Beschlussfassung des Landtages 2012 zur Erstellung eines Berichts für BaWü
- der Beirat, 2012 zum Bericht und zur Armutsbekämpfung in BaWü
- das Begleitprogramm (Konferenzen im Dezember 2013 in Stuttgart und November 2014 in Mannheim)
- die Forschungssonderaufträge
 - a. Ausgabeverhalten von Familien und die subjektive Lage materiell armer Kinder durch Institut für angewandte Wirtschaftswissenschaften
 - b. Lage wohnungsloser Kinder in BaWü, Institut für Sozialarbeit/Sozialpädagogik Ffm.
 - c. Sonderuntersuchung zu Zahlen bzgl. Wohnungsloser Menschen in BaWü durch Arbeitsgruppe beim Sozialministerium in Kooperation mit der Giss Bremen.
- Kosten des Berichts liegen bei rund 400.000.- Euro, die Untersuchungen, die Veranstaltungen, die Sonderförderungen wie LAK-BW in 2013/2014 belaufen sich auf weitere 400.000.- Euro
- Der Bericht wird im Juni 2015 erscheinen. (300 Seiten, zzgl. Positionen der Beteiligten zum Bericht) Geplant ist eine Konferenz im Jahr 2015 zum Abschlussbericht. Angedacht ist eine Charta zur Armutsbekämpfung in BaWü, der Landesbeirat zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung wird fortgeführt. Länderübergreifend existiert eine Bundesratsarbeitsgruppe, die sich mit Armutsfragen beschäftigt, diese trifft sich einmal jährlich.

Nach den Ausführungen von Frau Dr. Weber-Schmalz ergeben sich Rückfragen nach der Umsetzung des Berichts, nach der politischen Bereitschaft des Landtages wie es weitergehen soll, nach der Finanzierung und Auswahl der wissenschaftlichen Beiträge, die von extern erfolgen. (Stala hat die Federführung für den Bericht, Frau Dr. Saleth ist für die Koordinierung etc, zuständig.)

3. Beitrag von Frau Prof. Dr. Anja Teubert, DH-VS: Der Armutsbericht BaWü 2015 – viel oder wenig Armut in Baden-Württemberg?

Frau Dr. Teubert steigt mit eigenen persönlichen Erfahrungen mit dem Armutsbegriff und dem Armutsphänomen ein. An den Hochschulen für Soziales müsse man sich fragen, was wichtig sei bei der Diskussion um Armut, was man den Studierenden für den Beruf mitgebe, was brauchen die Menschen?

Die Frage sei, was Armut bedeute? Mangel an Geld, Gesundheit, Mangel an Bildung? Wer arm ist, ist der selbst schuld?

Auch Studenten fragen sich, was sie damit mit der Diskussion machen sollen. Sie müssen mit den Menschen ins Gespräch kommen. Begegnung schaffen. Zudem erkennen,

dass die Deutungsmacht über das Soziale, über die Armut von vielen Seiten beansprucht wird. Insofern ist die Profession gehalten, durch Begegnung der Lebenswelten, durch Kommunikation, Prozesse und Erfahrungen zu sammeln, die wir an die Sozialpolitik weitertransportieren.

Unter der Prämisse

- dass wir alle die Deutungsmacht darüber haben wer gesellschaftlich dazu gehört, um Ausgrenzung zu verhindern,
- dass wir einen Beziehungsaufbau zu den Menschen brauchen, um zu erfahren was die Menschen wirklich wollen, um deren Selbstmotivation zu erleben
- dass wir eine Konkurrenz im Ideenreichtum brauchen, um individuelle Lösungen zu finden,
- dass wir Träger der sozialen Arbeit haben, die Räume schaffen wo sich Menschen begegnen können, wo Kennenlernen und Wertschätzung gelebt werden kann,
- dass die fatale Situation einer ökonomisierten Sozialarbeit (mit dem Kampf um Marktanteile) gesehen wird
- dass ein gelingendes Lebens als soziales Projekt, sich für andere und sich selbst einzusetzen, gelebt werden kann,

schaffen wir Voraussetzungen für eine Perspektive.

In der Diskussion zu den Ausführungen von Frau Teubert tauchen diverse Punkte auf:

- wie gelingt es der Sozialen Arbeit Vertrauen bei den Menschen zu erreichen?
- Wie können Menschen den Teufelskreis der Armut verlassen?
- Sind einzelne Transferleistungen denn überhaupt armutsfest? Z. B. Renten, Mütterrente, Erziehungszeiten, hartz IV
- Geht es denn ohne Eingriff in das Streuersystem oder in das Finanzsystem generell?
- Ausbau der Mikroökonomie? Projekte lokal vor Ort?
- Ausbau des Stiftungs- und Genossenschaftswesens?
- Ehrenamt und Zivilgesellschaft als neue Wege?
- Agenda 2010: der Weg in den Niedriglohn, ins Prekäre, in die Almosengesellschaft?
- Diskriminierung von Hartz IV- Empfängern: die neuen Parias in der Gesellschaft, die Verlierertypen, das abgehangene Prekariat?
- Der soziale Abstieg: vom Lohnempfänger/Marktbeteiligter zum 1.- Euro-Jobber?
- Wachsende Vorurteile und Urteile um uns herum?
- Welchen Weg will diese Gesellschaft gehen?
- Zukunft des Arbeitslebens: gerechter Lohn, soziale Perspektive, Verlässlichkeit, Widerstand gegen die Prekarisierung?
- Umsetzung von Alternativen: Bedingungsloses Grundeinkommen, Tarifregelungen, gesetzgeberische Regelungen z. B. Tariftreuegesetz, ESF-Finanzierungen, dauerhafte Fortführung von Projekten, Fördersystem entkoppeln von der Befristung,
- Regelsatz in hartz IV: wirkt er armutsvermeidend, entspricht er dem sozialkulturellen Existenzminimum, garantiert er gesellschaftliche Teilhabe
- Zivilgesellschaft bedeutet nicht: Ehrenamtliche machens billiger anstatt professionelle Qualität von Sozialer Arbeit auszubauen
- Einstieg erwerbsloser Menschen in die Arbeitswelt über Ausbau von langfristigen Jobs (Aktiv-Passiv-Tausch)
- Haltungs- und Bewusstseinsveränderungen bei Wirtschaft, in Staat und Gesellschaft: Garantien von Rechten auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen etc.
- Kreatives Leben anstatt Leben in Angst und Abhängigkeit
- Studium ist der Einstieg in die Kommunikation, die Reflexion der Verhältnisse, die gemeinsame Erfahrung von betroffenem Leben, sozialem Arbeitsfeld und in gemeinsame Veränderungsvorstellungen. Entdeckung von Visionen.

4. Der Armuts- und Reichtumsbericht 2015: Statements und offene Diskussion mit den Beteiligten: Klaus Kittler, Karl Ulrich Gscheidle, Dietmar Greuter, Juliane Hoffmann, Prof. G. Rausch, Christa Cheval, Corinna Lenhart, Kuno Höll (Moderation Christine Walter)

Nach Einführung und Befragung von Christine Walter, werden nachstehende Positionen erläutert:

Didi Greuter:

Der anstehende Armutsbericht bietet endlich die Chance einer gesellschaftlichen Diskussion und stärkeren Beachtung des Themas Armut. Die Löcher in der sozialen Sicherung werden grösser. Das ist das Gute, dass dieser Bericht kommt. Vielleicht sind auch Lösungen wie Bedingungsloses Grundeinkommen wichtig in der Zukunft.

Prof. Günter Rausch:

„Armer Mann trifft reicher Mann: „wär ich nicht arm, wärst du nicht reich!“. Der Bericht müsste zeigen wo man bei den Reichen abschöpfen kann. Was umtreibt ist die Frage, wie geht es armen Menschen. Besonderer Skandal ist die Kinderarmut. Neben Reiche besteuern, sind die Ursachen der Armut zu benennen, um sie zu überwinden. Familien und alleinerziehende Haushalte sind besonders betroffen. Bedingungsloses Grundeinkommen wäre deutlich besser. HartzIV gehört abgeschafft.

Klaus Kittler:

Wir brauchen Zahlen; wir wissen nichts Genaues über arme Menschen. Politik und Institutionen kommen in der sozialpolitischen Arbeit nicht weiter, ohne dass sie Zahlen in der Hand haben. Man kann die Lage nicht von oben definieren, wir brauchen dauerhafte Positionen für die Sozialpolitik.

Kuno Höll:

Die geforderte Ombudsstelle für Armutsfragen auf Landesebene ist ein Bindeglied zwischen verschiedenen Ebenen der beteiligten Gruppen, Institutionen und Menschen.

Karl-Ulrich Gscheidle:

Die Arbeitsmarktpolitik ist höchst diffus; die LAK-BW bringt da verschiedene Akteure zusammen: aus Institutionen, Politik, Kirchen, Zivilgesellschaft. Wir sind alle Bürger dieser Gesellschaft, Betroffene sollten sich artikulieren. Die Prekarisierung hält seit den 90er Jahren an; es ist ein Dilemma, dass viele Prozesse und Menschen nur noch unter dem Zeichen der Verwertbarkeit wahrgenommen werden. Der Mensch muss als Ganzes, mit Stärken und Schwächen gesehen werden. Ein Wir-Gefühl wäre ein grosses Ziel.

Christa Cheval-Saur.

Seit Jahren läuft dieser Prozess: Deregulierung, Verarmung der Leute, working poor. Schon frühere Studien vor 2000 und danach hätten immer das Gleiche ergeben: die Ungleichheit nimmt zu, die prekäre Arbeit wächst, die Beschäftigungsformen (Leiharbeit, Kurzarbeit, Befristete Arbeit, Ich-AG, Arbeitstakt und Arbeitsbedingungen, Niedriglohnsektor) nehmen rapide zu. Dann kommt hartz IV ab 2005 und alles wird noch viel krasser: Grundsicherung bringt Kinder- und Familienarmut, die Regelsatzpolitik ist gesetzeswidrig im Sinne des Grundgesetzes, Die Kinderarmut und die Sanktionen zum einen und das unzureichende Instrument des Bildungspakets zum anderen sind nur Beispiele für eine gescheiterte Politik.

Juliane Hoffmann:

Der DGB hat massive Schwierigkeiten, die notwendigen gesetzlichen Änderungen im SGB II rüberzubringen. Andererseits sind die Förderpolitiken am Arbeitsmarkt ein grosses Problem hinsichtlich der Umsetzung. Aktiv-Passiv-Tausch z. B. sei im Kreis Rottweil fast nicht zu

machen, weil sich keine Firmen finden, die Langzeitarbeitslose einstellen wollen. Es gäbe 7 Plätze für den Landkreis Rottweil, aber die Firmen wollten nicht mal die haben. Trotz Subventionen für 2 Jahre. Es seien nur noch hochqualifizierte Arbeitssuchende gefragt. Niederschwellige Arbeit anzubieten, sei nicht Interesse der Betriebe. Da sei die Kooperation DGB-Jobcenter-Handwerk-Industrie-Verwaltung noch erheblich zu verbessern, um mehr zu tun. Wie kann Widerstand der Menschen durch Resilienz gestärkt werden, ist auch ein wichtiges Thema für den DGB.

Der DGB beschäftigt sich mit der Lohnhöhe. Stellt fest, dass zu 80 % Frauen von Teilzeitbeschäftigungen betroffen sind. Dies sei ein Skandal, da dies Altersarmut auslösen wird. Massive Zunahme der Verunsicherung, Bedarf neuer gesellschaftlicher Allianzen.

Prof. Günter Rausch:

Der kommende Bericht sei für die Hochschulen absolut richtig und notwendig, um den Dialog zwischen Wissenschaft – Studierenden – Praxisfeldern zu intensivieren. Man müsse auch die sozialräumlichen Auswirkungen der Verarmung kennenlernen und betonen, die Spaltung der Gesellschaft und die räumliche Segregation schreitet. Ohne Sozialplanung und Gemeinwesenarbeit geht das nicht, ansonsten bleibt Ghettoisierung .

Zusammenfassend in der Runde bleibt:

- Beirat nachhaltig und dauerhaft mit ins Boot nehmen
- Ausbau der zivilen Bürgerbeteiligung, damit die Diskussion weitergeht
- Menschen als Bürger, als Citoyen wahrnehmen
- Kultur der Anerkennung
- Sicherung von Beteiligung und öffentlichen Prozessen durch die LAK-BW
- Wir sind Partner der Politik
- Wie finden wir Menschen, die quer denken?
- Armutsbericht und seine Aussagen und Forderungen als Kampagnen sehen
- Armut und Ausgrenzung wird zum Thema der Hochschulen
- Armut und Erwerbslosigkeit sind gesellschaftlich und strukturell bedingt
- Unser Menschenbild müsste sich ändern: Frage was Erfolg ist, was Scheitern, was Menschenwürde ist?

Frau Keding, Stala:

Erläutert die Erhebung der Daten aus dem Mikrozensus, das sozioökonomische Panel als Instrument der Analyse des alltäglichen Verhaltens der Menschen bzgl. ihrer Verbrauchsgewohnheiten (an ausgewählten, längerfristig zu beobachtenden Menschen), die Problematik der Steuerstatistiken sowie die Klärung der sog. Hocheinkommen in unserer Gesellschaft, per Stichprobe oder per Befragung..

5. Thomas Poreski (Grüne) und Florian Wahl (SPD) ,MDL´s Landtag Stuttgart

Roland Saurer: Einführung

Sie beide sind eingeladen, um zu berichten wie sie den Prozess um den Armutsbericht sehen. Was erwarten die Regierungsfaktionen vom Bericht? Wie soll es weitergehen? In der gerade zu Ende gegangenen Aktionswoche hiess es „Wohnen ist ein Menschenrecht!“ Die Agenda 2010 bleibt nach wie vor ein kritischer Punkt bzgl. Grün-Rot, auch in Baden-Württemberg. Die LAK ist mit allen Landtagsfraktionen im Gespräch, zuletzt vom 23.10. mit der CDU-Fraktion. Es geht um Ausbau der Kontakte, um einen Dialog mit der Bereitschaft zur Fortsetzung, unabhängig von politischen Mehrheitsverhältnissen im Land.

Thomas Poreski:

In 2011 haben wir den Bericht im Koalitionsvertrag vereinbart. In 2012 vom Landtag beschlossen, Wir hätten uns den Bericht schneller gewünscht als wie er jetzt kommen wird. Jetzt sind die Parteien im erweiterten Kreis des Beirates. Eine Einbeziehung landeseigener

Daten und Analysen wäre sehr wünschenswert. Lebenslagen werden zu einem Teil des Berichts, einige Bereiche und Fragen werden gesondert mit den beschlossenen Mitteln untersucht. Das politische Zusammenspiel von Bund und Land muss man sehen.

Mit der Forderung Wohnen ist ein Menschenrecht in die Landesverfassung müsste die Klärung Verfassungsgebot oder Verfassungsauftrag laufen. Grundsätzlich sei es vorstellbar, aber wahrscheinlich nach 2016. Zudem eine 2/3 Mehrheit im Parlament erforderlich. Problembereiche sind auf alle Fälle: Situation Alleinerziehender, Erwerbslosigkeit, Inklusion und Exklusion, Lebenslage junger Erwachsener, Wohnungslosigkeit und Wohnen generell, Schaffung von Kommunikation und Begegnung, bsplw Erwerbslosenzentren.

Florian Wahl:

Verweist auf sein jungdliches Alter zum Zeitpunkt der Installierung der Agenda 2010, Hartz IV etc. Hat Kontakt zur evang. Betriebsseelsorge gehabt, kommt um 2000 zur SPD. Die sozialen Sicherungssysteme haben massive Kritik erfahren, sie haben sich verändert, Korrekturen sind erforderlich, das sei unbestritten, doch vollkommene Kehrtwendung sei schwierig. Die früheren CDU-Landesregierungen haben sich nicht um die Fragen der Armut, Ungleichheit bzw. des Prekären gekümmert. Seit sie in der Opposition sind haben sie sich langsam mehr darum gekümmert. Für die SPD ist der Soziale Wohnungsbau bei Förderung seitens des Landes und der Kommunen im Zentrum. Vom Armutsbericht wird eine Debatte über soziale Standards erwartet, die eine Vorstellung zulässt wie Armut abgeschafft werden könnte. Der Bericht dauert zu lange bis er auf den Tisch kommt. Hohe Verantwortung liegt bei den Kommunen, im Rahmen der Stadtplanung Armut zu bekämpfen, besonders auch im Bereich der Wohnraumversorgung, wo Mindestquoten für den sozialen Wohnungsbau in bauliche Genehmigungen eingeplant werden müssen. Zur Frage der Rechts auf Wohnen in die Landesverfassung ist hier und heute keine abschliessende Meinung zu diskutieren. Man müsste prüfen, ob bestehende Grundrechte, besonders Artikel 1 GG nicht ausreichen, um hier stärker aktiv zu werden.

Altersarmut als wachsende Bedrohung? Der Umbau unseres Rentensystems bringt ohne Zweifel neue Probleme. An der Stelle ist Klärungsbedarf. Beispiele aus der Schweiz zeigen die Richtung auf. Beteiligung aller an der Krankenversicherung, der Rentenversicherung sind dort üblich. Kapitalbesteuerung zum Beispiel, oder Sockelrente von Franken 1.200.- sind beispielhafte Lösungen. Bürgerversicherung, der Erhalt der paritätischen Finanzierung der Rentenbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind richtige Schritte.

Diskussion bringt nochmals folgende Perspektiven:

- **Armutsbericht wird 2015 eine verstärkte Debatte über die Lage in Baden-Württemberg auslösen**
- **Die Menschenrechtsfragen werden stärker in den Mittelpunkt rücken**
- **Aktiver Umgang mit dem Bericht**
- **Sicherstellung der Umsetzung des Berichts**
- **Kampagne zum Bericht in die Landespolitik**
- **Aktive Rolle des Beirats zur Armutsbekämpfung**
- **Ombudsstelle**

Zur Frage der Finanzierung der LAK-BW wird von Thomas Poreski und Florian Wahl auf Nachfrage der Hinweis eingebracht, dass hier über den Beirat Entscheidungen laufen könnten, es sei nicht Angelegenheit des Ministeriums alleine, wie und was hier gefördert werden kann.

Ende der Veranstaltung 17.00 Uhr

gez. rs

(entwurf)